

Nr. 179

**Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Modrow  
Bonn, 13. Februar 1990**

BArch, B 136/20579, 221 – 35014 Ge 33 Bd. 2. – Vermerk des MDg Duisberg, 19. Februar 1990 (Gespräch versehentlich datiert: 14. Februar 1990). Verteiler: AL 2, GL 22; StäV, St Bertele. Vorlage an Chef BK mit der Bitte um Billigung und Zustimmung zu dem Verteiler, abgezeichnet: „S[eiters]“. – Gesprächsdauer: 11.00 bis 15.34 Uhr.

Der Bundeskanzler wies in seiner Begrüßung auf die Bedeutung des Datums – Jahrestag des Bombardements auf Dresden – hin und knüpfte daran die Feststellung, daß die Deutschen eine besondere Verantwortung hätten; von deutschem Boden müsse Frieden ausgehen. Die weitere Entwicklung müsse sich jetzt auf zwei Ebenen vollziehen:

- International müsse man unverzüglich beginnen, mit den Partnern zu sprechen, um zu den notwendigen Vereinbarungen zu kommen. Wir seien gegen eine Viermächte-Konferenz, vielmehr für eine Konferenz „2+4“, die in Deutschland noch vor dem KSZE-Gipfeltreffen stattfinden solle. Auf diese Weise könne die deutsche Frage mit dem internationalen Prozeß verbunden werden; es sei klar, daß wir die Sicherheitsinteressen unserer Nachbarn berücksichtigen müssen.
- Parallel dazu müsse die Entwicklung in Deutschland selbst weitergeführt werden. Dabei müsse auch die Zeit vor dem 18. März voll genutzt werden. Wir stünden vor einer dramatischen Entwicklung: Bis zum Abend des Vortags seien rd. 75 000 Übersiedler aus der DDR registriert worden; mindestens 10 000 weitere nicht registrierte müßten hinzuge-rechnet werden. Insgesamt müsse man für Januar und Februar von einer Gesamtzahl von 100 000 Übersiedlern ausgehen, was der Einwohnerzahl von Dessau entspreche. Diese Menschen kämen nicht wegen der sozialen Leistungen her, sondern weil sie von der Entwicklung in der DDR nichts Positives erwarteten; dazu hätten auch verschiedene Vorgänge in den letzten Wochen beigetragen. In Dresden sei eine so dramatische Entwicklung nicht zu erwarten gewesen. Wir seien ganz entschieden an Stabilität interessiert und daran, daß die Wahlen zu dem vorgesehenen Termin stattfinden können. Wir machten daher das Angebot zur Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft.<sup>1</sup> Selbstverständlich würden sich bei der Verwirklichung große Probleme auf beiden Seiten ergeben, vor allem im sozialen Bereich. Eine Arbeitslosenunterstützung sei notwendig, auch die Rentenfrage werde sich stellen. Diese Fragen müßten gelöst werden. Ab nächster Woche könne eine Expertendelegation zusammentreten, um alle mit der Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zusammenhängenden Fragen zu erörtern. Aus unserer Sicht seien die Reformen in der Wirtschaft das stärkste Mittel, um die Menschen zum Bleiben zu bewegen. Wir seien uns bewußt, daß es eine Zeit großen Umbruchs sei, erschwert noch durch den Wahlkampf. Die Zeit dränge; wir könnten nicht auf die Wahlen warten, sondern müßten jetzt handeln.

MP Modrow erwiderte, er stimme in der Bewertung überein, daß es sich um eine historische Situation handle. Oberstes Interesse müsse sein, die Lage stabil zu halten. Die Position der DDR dazu sei in dem Papier des Runden Tisches dargelegt.<sup>2</sup> Für die DDR sei es aber nicht recht überschaubar, was auf unserer Seite beabsichtigt sei. Man höre Erklärungen, erhalte aber keine wirkliche Hilfe. Die DDR stehe weiterhin auf dem Boden der Erklärung von Dresden<sup>3</sup>. Sie habe in der Zwischenzeit den Entwurf für eine Vertragsgemeinschaft vorgelegt.<sup>4</sup> Manches müsse sicherlich im Zuge der Entwicklung neu bedacht

1 Nr. 169A.

2 Nr. 177 Anm. 5.

3 Nr. 129 Anm. 4.

4 Nr. 145A.

werden. Notwendig sei aber, etwas zu tun, um einer Destabilisierung entgegenzuwirken. Man müsse klären, wie die Zukunft von Bundesrepublik und DDR in einem vereinten demokratischen Deutschland sein werde.

MP Modrow erklärte sich einverstanden mit der Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Erörterung der Fragen der Währungsunion und benannte dafür seitens der DDR die Minister ohne Geschäftsbereich Prof. Romberg (als Vorsitzender) und Eppelmann sowie den amtierenden Finanzminister Siegert, Minister Grünheid, Staatssekretär Rauchfuß und den Präsidenten der Staatsbank, Kaminsky. Alle möglichen Vorarbeiten sollten bis 18. März geleistet werden, so daß nachher Verhandlungen über einen Abschluß aufgenommen werden könnten. Währungsverbund und Wirtschaftsgemeinschaft erforderten in jedem Fall eine soziale Absicherung; er gehe davon aus, daß dieses Problem nach der Wahl weiterbehandelt werde. Bereits vor dem 18. März sei jedoch ein Solidarbeitrag erforderlich.

Unter Bezug auf das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers erklärte MP Modrow weiter, daß ein stufenweises Vorgehen erforderlich bleibe; man dürfe nichts überhasten. Der Einigungsprozeß müsse auch eingebettet bleiben in die außenpolitische Entwicklung. Hier komme der Garantie für die Grenzen eine besondere Bedeutung zu; ein klares Wort dazu sei erforderlich. Ebenfalls stellten sich grundlegende Fragen der Abrüstung. Beide deutsche Staaten müßten aktiv dafür eintreten; sie sollten sich insbesondere für die Beseitigung der nuklearen Kurzstreckenwaffen einsetzen. Insgesamt sei ein solidarisches Aufeinanderzugehen erforderlich.

DDR-Min. Ullmann erklärte, nach seiner Meinung werde der Flüchtlingsstrom erst enden, wenn niemand mehr das Gefühl haben müsse, von dem wirtschaftlichen und technischen Niveau Westdeutschlands ausgeschlossen zu werden. Alle Stufenpläne hätten einen gemeinsamen Mangel – nämlich die fehlende Klarheit über das Ziel, zu dem sie führen sollten. Erforderlich sei ein klares gemeinsames Bekenntnis zu einem Ziel. In dieser Beziehung habe er Bedenken gegen jede Politik, die in Richtung eines Beitritts nach Art. 23 GG führe. Ein Anschluß der DDR an die Bundesrepublik würde in der Mitte Europas ein Machtkartell entstehen lassen, das zu internationalen Problemen führen müsse.

Der Bundeskanzler wandte sich gegen die Verwendung des Begriffs „Anschluß“ in diesem Zusammenhang. Die Bundesrepublik habe in den über 40 Jahren ihrer Existenz entscheidend zur Stabilität und zum Frieden in Europa beigetragen. Das Grundgesetz sei die freiheitlichste Verfassung, die es je in der deutschen Geschichte gegeben habe. Wie man auf dem Wege zur Einheit im einzelnen vorgehe, stehe jetzt nicht zur Diskussion. Kein Zweifel könne aber am Ziel der Einheit bestehen; alle Stufenpläne hätten darüber Klarheit geschaffen. Vordringlich gehe es jetzt aber darum, Stabilität in die Entwicklung zu bringen. Dabei seien die wirtschaftlichen Fragen entscheidend.

DDR-Min. Eppelmann meinte, die Entwicklung brauche mehr Zeit. Die Menschen in der DDR müßten die Chance haben, ein Stück Identität einzubringen in das gemeinsame Deutschland. Die jetzige Regierung sei ein ehrlich bemühter Makler für die Interessen der 16 Millionen DDR-Bürger. Er glaube, daß jetzt noch nicht eine Totaloperation wie die Währungsunion erforderlich sei, sondern eine Penizillin-Spritze. Wichtig erscheine ihm ein gemeinsames Wort beider deutscher Regierungen, ein ungebundener Finanzkredit von 5 Mrd. DM und die Arbeit in verschiedenen Kommissionen und Expertengruppen. Wichtig sei auch, daß nicht alles allein der deutsch-deutschen Entwicklung überlassen bleibe, sondern daß auch die westlichen Nachbarstaaten Unterstützung geben, damit die DDR auf diese Weise in den Westen eingebunden werde.

DDR-Min. Platzek betonte die Notwendigkeit, die Selbstbestimmung der DDR zu erhalten. Es sei nicht Schuld der DDR-Bürger, daß es zu der jetzigen Lage gekommen sei; deshalb könnten sie mit Recht Hilfe erwarten. Das Vorgehen der Bundesregierung und die

massive Einmischung der westdeutschen Parteien in den Wahlkampf der DDR erwecke dort aber den Eindruck der Fremdbestimmung; die Menschen hätten das Gefühl, sich nicht wiederzufinden. Der Kampf des Oktobers dürfe aber nicht umsonst gewesen sein.

Der Bundeskanzler erwiderte, es könne nicht erwartet werden, daß in einem Land mit gemeinsamer Geschichte die Dinge völlig getrennt verliefen. Die Parteien bei uns könnten schließlich nicht sagen, daß sie das nichts angehe. Eine entsprechende Kommunikation gebe es im übrigen auch bei den Grünen. Es sei ganz natürlich, daß Parteien, die gleiche Grundideen vertreten, miteinander in Verbindung stünden. Das habe nichts damit zu tun, die DDR zu bevormunden. Es sei ganz klar, daß auch die DDR manches zu geben habe. BM Waigel ging auf die Frage eines Beitritts nach Artikel 23 GG ein und wies darauf hin, daß diese Bestimmung gerade die Gewähr dafür biete, daß kein Zentralstaat entstehe. Auf die Bemerkungen von DDR-Min. Eppelmann eingehend, führte er aus, daß wir gerade auch bei unseren europäischen Partnern um Unterstützung für den Prozeß der deutschen Einigung würben. Er legte dann dar, was von der Bundesrepublik in der Vergangenheit an Lastenausgleich sowie an Wiedergutmachung gegenüber Israel geleistet worden sei und was laufend für die DDR geleistet werde. In den öffentlichen Haushalten seien insgesamt 31,7 Mrd. DM für Leistungen an die DDR vorgesehen. Allein der Bundeshaushalt 1990 enthalte etwa 30 Mrd. DM an Ausgaben, die mit der deutschen Teilung zusammenhingen. Für schnelle Hilfe seien im Nachtragshaushalt noch einmal über 5 Mrd. DM vorgesehen. Den Vorwurf, die Bundesrepublik werde ihrer Verantwortung nicht gerecht, müsse er deshalb nachdrücklich zurückweisen.

Stellv. DDR-MP Luft bezeichnete das Projekt der Währungsunion als faszinierend und auch wünschenswert, doch müsse die Machbarkeit realistisch bewertet werden. Sie sei deshalb für eine Klärung der einschlägigen Fragen durch Experten. Auch sei sie keineswegs sicher, ob durch die Einführung der DM die Abwanderung gestoppt werden könne. Es gehe im übrigen um tiefgreifende soziale und eigentumsrechtliche Probleme. Die Bevölkerung in der DDR könne schwer einsehen, daß sie nach dem Weltkrieg jetzt zum zweiten Mal große Opfer bringen müsse. Es werde die Frage gestellt, wer der DDR denn helfen werde, wenn sie ihre Souveränität erst aufgegeben habe, wo schon jetzt, wo sie noch souverän sei, niemand helfe. Die Regierung müsse sich in jedem Fall davon leiten lassen, daß grundlegende Interessen der Menschen gewährt würden. Das beziehe sich insbesondere auf

- die Bewertung der vorhandenen Sparguthaben,
- den Schutz der DDR-Wirtschaft durch Gewährleistung zeitweiliger Subventionen für noch nicht voll wettbewerbsfähige Industrien und durch Vermarktungsgarantien,
- das soziale Netz einschließlich der Gewährleistung sicherer Wohnungen,
- die Klärung aller eigentumsrechtlichen Fragen, insbesondere auch derjenigen im Ergebnis der Bodenreform.

Der Bundeskanzler erwiderte, Solidarität sei für ihn kein bloßes Wort. Er habe sich deshalb gegen viele Widerstände zur Währungsunion entschlossen und sofortige Verhandlungen angeboten. Er sei dafür, daß man jetzt konkret arbeite, um möglichst rasch zu einem Abschluß kommen zu können. Die Einführung der DM sei nach seiner Überzeugung das stärkste Mittel, um der Destabilisierung entgegenzuwirken. Man müsse aber auch sofort handeln. Die Bundesrepublik habe in der Vergangenheit große Leistungen für die Wiedergutmachung und im Rahmen des Lastenausgleichs erbracht. Wir seien bereit, dies jetzt erneut zu tun. Das sei eine sehr große Aufgabe. Er persönlich möchte, daß die DDR zu einem blühenden Gemeinwesen werde. Die Schwierigkeiten seien auch für uns erheblich; neben den Übersiedlern müsse man auch an die Zahl der Aussiedler denken. Er bitte daher, unser Angebot nicht als einen dilatorischen Schritt zu verstehen. Es sei ein großes Wagnis auch für uns.

DDR-Min. Romberg meinte, es gehe um die Stabilität bis zur Bildung einer neuen Regierung und für diese neue Regierung. Der Wahltermin müsse in jedem Fall eingehalten werden. Probleme ergäben sich daraus, daß der Befreiungsprozeß in der DDR sich mit dem Vereinigungsprozeß verbunden habe. Die Bevölkerung habe keine Zeit gehabt, eine neue Identität zu finden. Man müsse deshalb langsam vorgehen und sich gemeinsam auf eine Viermächte-Konferenz mit den beiden deutschen Staaten vorbereiten; eine solche Vorbereitung sollte am besten durch Entwicklung von Vorstellungen im Bereich der Sicherheitspolitik erfolgen.

Der Bundeskanzler warf ein, daß dies nicht unseren Vorstellungen entspräche. Wir gingen von einer Konferenz der beiden deutschen Staaten mit den Vier Mächten aus. Die Vorbereitungen dazu sollten bilateral erst auf Expertenebene, dann auf politischer Ebene erfolgen, so daß am Ende ein Abschluß unter den Sechs vor dem KSZE-Gipfel möglich sei. Mit den bilateralen Gesprächen solle möglichst bald begonnen werden, auch wenn abgeschlossen sei, noch vor dem 18. März ein Ergebnis zu erzielen.

DDR-Min. Ullmann kam erneut auf seinen Gedanken zurück, daß beide Regierungen in einer gemeinsamen Erklärung eine Feststellung über das gemeinsame Ziel treffen sollten; eine solche Erklärung sollte möglichst zu den Wahlen gegeben werden. Der Bundeskanzler stimmte zu, daß man so etwas machen könne.

Der bayerische Ministerpräsident Streibl erklärte, daß wir in keinem Fall Hilfe zur Staatsfinanzierung, sondern zur Erneuerung und Belebung des Wirtschaftssystems leisten wollten. Der in der DDR bestehende Druck gehe nicht von uns aus, sondern von der eigenen Bevölkerung. Er habe deshalb Zweifel am Sinn langer Stufenpläne. Der Weg über Artikel 23 GG, der auch Ausdruck der förderalen Struktur sei, sollte nicht gleich abgelehnt werden.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau wies darauf hin, daß auch der Weg über Artikel 23 GG kein besonders schneller Weg sei. Richtig sei, daß man Klarheit über das Ziel haben müsse, das nach seiner Meinung sein sollte: die Einheit als Bundesstaat, eingeordnet in ein europäisches Sicherheitssystem und in die EG. Er habe Verständnis für die Position des Runden Tisches, daß jetzt noch kein Abschluß über eine Währungsunion möglich sei. Er frage aber, was jetzt bereits geschehen könne, insbesondere von den Ländern und Gemeinden, und wer auf seiten der DDR Ansprechpartner sei, um praktische Fragen des Verkehrs, des Gesundheitswesens und des Städtebaus zu regeln. Auch wegen dieser Zusammenarbeit sei die Wiederbelebung der Länderstrukturen in der DDR wichtig. Zu fragen sei auch, in welchem zeitlichen Rahmen eine Währungsunion verwirklicht werden könne, da viele interessierte Investoren darauf warten. Wir erhielten aus der DDR, auch aus dieser Diskussion, immer wieder ambivalente Signale: einerseits ein Wunsch nach mehr Zeit, andererseits ein Drängen auf rasches Handeln. Wir müßten in jedem Fall jetzt schon sprechen über das, was vor dem 18. März dringend sei, und über das, was über den 18. März hinausweise.

BM Haussmann sagte, die rasche Verwirklichung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft biete die Chance, noch vor Vollendung des EG-Binnenmarktes gemeinsam die in diesem Rahmen bestehenden Möglichkeiten nutzen zu können. Es gehe auch darum, daß die Wirtschaft in der DDR langfristig leistungsfähig werde, um die sozialen Aufgaben finanzieren zu können. Auch wenn die Währungsunion nicht kurzfristig verwirklicht werden könne, sollten doch vor dem 18. März noch wichtige Schritte – Einführung der Gewerbefreiheit, Einrichtung eines Bankensystems – getan werden. Je mehr jetzt geschehe, desto besser sei es. Zu der DDR-Forderung nach Transferleistungen müsse er sagen, daß bloße Konsumhilfen ohne Währungsunion nichts bringen würden. Unser Angebot der Schaffung einer Währungsunion sei der größte Solidarbeitrag, den wir erbringen könnten; er gehe weit über Milliarden-Beiträge hinaus.



Bundesbankvizepräsident Schlesinger meinte, es sei wichtig, möglichst bald zu einer Klärung aller notwendigen Fakten zu kommen und die erforderlichen Regelungen vorzubereiten.

DDR-Min. Beil erklärte, die DDR wolle und brauche die soziale Marktwirtschaft. Daher stelle sich die Frage, was bis zum 18. März begonnen werden müsse, um nachher entschieden werden zu können. Aus seiner Sicht sollten Regelungen geschaffen werden, die den Prozeß zur sozialen Marktwirtschaft unumkehrbar machten, insbesondere für den Investitionsschutz, das Niederlassungsrecht und die Besteuerung. In Expertengesprächen sollte jetzt soviel wie möglich vorbereitet werden. Dabei gehe es auch um eine Klärung der Begriffe, damit nicht Mißverständnisse entstehen. Eine Frage sei u. a., ob mit Einführung der DM unmittelbar auch alle EG-Regeln übernommen werden müßten; dies werde für eine Übergangsperiode sehr schwierig sein. Der Bundeskanzler warf ein, daß ganz natürlich eine Übergangszeit für die Übernahme von EG-Regeln erforderlich werde. Er stimmte im übrigen den Ausführungen von Min. Beil ausdrücklich zu.

BM Blüm wies auf den Beitrag der Sozialpolitik hin, um Angst- und Neidgefühlen – in der DDR und bei uns – entgegenzuwirken. Es sei wichtig, einen Weg zu finden, daß beide Systeme der sozialen Sicherung sich zusammenfügen, ohne daß dadurch die Freizügigkeit in Deutschland beeinträchtigt wird. Das gelte für die Alterssicherung und für die Arbeitslosenversicherung. Wir wollten dabei Hilfe leisten und seien auch zu einer Anschubfinanzierung bereit; Ziel müsse aber die Selbstfinanzierung des Systems sein. Wir fingen da nicht bei null an; die Ansatzpunkte in beiden Systemen sollten weiter ausgebaut werden. Die Aufgabe sei zu bewältigen, und insgesamt biete der Prozeß nicht nur Risiken, sondern in viel größerem Maße auch Chancen.

DDR-Min. Watzek regte an, eine Arbeitsgruppe über die speziellen Probleme der Landwirtschaft zu bilden. Landwirtschaft und Ernährungsindustrie seien in der DDR ein stabilisierender Faktor. Man müsse gerade dort auch die Ängste hinsichtlich der als Ergebnis der Bodenreform entstandenen Eigentumsverhältnisse berücksichtigen. Der Bundeskanzler warf ein, daß wir uns dieses Problems wohl bewußt seien.

MP Modrow sagte in einer abschließenden Erklärung, daß es einen Druck gebe, der uns das Zeitmaß vorgebe. Wir müßten aber auch selbst den Zeitfaktor durch eigenes Handeln zu bestimmen suchen. Am Ende werde der Weg zu einem deutschen Bund oder Bundesstaat gehen. Man solle sich aber nicht unter Zeitdruck bringen lassen. Schließlich würden die Länder auf beiden Seiten sich in einem Bundesstaat zusammenfinden, in dem es keine Wohlstandsunterschiede mehr gebe. Er sei für eine Erklärung beider Regierungen, daß sie an die Frage in (nationaler)<sup>5</sup> Verantwortung herangehen, sich dabei aber auch ihrer internationalen Verantwortung bewußt seien. Es sei gut, jetzt die gemeinsame Kommission zur Währungsunion einzusetzen. Man müsse aber auch den Zeitrahmen im Auge haben. Nach dem 18. März werde es sicher drei Wochen bis zu einer Regierungsbildung dauern; dann müßten weitere Entscheidungen und konkrete Regelungen getroffen werden, so daß es Sommer oder Herbst bis zum Abschluß einer Vereinbarung werden könne. Die Probleme würden in dieser Zeit nicht geringer werden, so daß die Frage einer solidarischen Hilfe sich unverändert stellen werde. Bei allem, was wir täten, sei es schließlich wichtig, daß wir in den KSZE-Prozeß eingebunden blieben.

Der Bundeskanzler erklärte seinerseits, daß er das Gespräch als offen und konstruktiv betrachte. Die vor uns stehenden Aufgaben seien sehr groß. Wir würden sie verfehlen, wenn wir dabei nur an Deutschland dächten. Wir müßten immer auch die Nachbarn im Blick haben. Deshalb sei das Verhältnis zur Sowjetunion und zu anderen Staaten so wichtig; er er-

5 ( ) Von den Bearbeitern korrigiert aus: „internationaler“.

wähnte in diesem Zusammenhang die Hilfeleistung an die Sowjetunion und die Unterstützung für Polen, Ungarn und die CSSR. Ängste hinsichtlich des deutschen Einigungsprozesses gebe es auch im Ausland, und zwar nicht nur aus sicherheitspolitischen, sondern vor allem auch aus wirtschaftlichen Gründen. Ängste gebe es ebenfalls in der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf die Sicherheit der Renten, steigende Zinsen, Stabilität der Währung; es würde die Frage gestellt, ob wir uns nicht übernahmen. Schließlich sehe er auch die Ängste der DDR in bezug auf Renten, Arbeitslosigkeit und die Sparguthaben. All dem müßten wir Rechnung tragen. Man könne zur Bewältigung aller Aufgaben keinen Terminplan aufstellen. Andererseits müßten wir sehen, daß es einen von uns nicht zu beeinflussenden Termin, nämlich das voraussichtlich im November stattfindende KSZE-Gipfeltreffen, gebe. Bis dahin müßten wir uns untereinander über die innere Struktur eines künftigen Deutschlands klar sein. Die Gespräche sollten deshalb bald beginnen. Er sei einverstanden mit einer gemeinsamen Erklärung zur Wahl in der DDR, „am besten Anfang März“. Der vor uns liegende Weg sei schwierig; er sehe aber die Chance, daß die DDR einen gewaltigen Aufschwung nehmen könne. Die Bedingungen dafür seien ungewöhnlich günstig. Gemeinsam sollten wir darauf hinwirken, daß von diesem Treffen die Botschaft ausgehe, daß das Gespräch fortgesetzt werde und daß wir es gemeinsam schaffen würden.

*Duisberg*

**Nr. 180**  
**Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush**  
**13. Februar 1990**

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 80, Bl. 56–59. – Vermerk des MDg Neuer, 14. Februar 1990. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik“. – Gesprächsbeginn: 19.45 Uhr.

Der Bundeskanzler berichtet Präsident Bush über den heutigen Besuch von MP Modrow.<sup>1</sup> Es sei besprochen worden, wie die Dinge weitergehen sollen. Die Situation in der DDR sei unverändert dramatisch. Zwischen dem ersten Januar und heute seien etwa 80000 Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen. Aus diesem Grunde habe er eine Wirtschaftsgemeinschaft und eine Währungsunion vorgeschlagen. Nach der Wahl in der DDR am 18. März 1990 müßte die neue Regierung gedrängt werden, schnell das Notwendige zu tun.

Vor allem aber wolle er dem Präsidenten herzlich für seine Hilfe in Moskau danken. Er bitte den Präsidenten auch, Jim Baker herzliche Grüße zu bestellen.<sup>2</sup> Er habe seine Arbeit in Moskau hervorragend gemacht. Der Brief, den der Präsident ihm vor der Abreise nach Moskau geschickt habe,<sup>3</sup> werde einmal zu den großen Dokumenten der deutsch-amerikanischen Freundschaft zählen. Die Unterstützung des Präsidenten sei sehr nützlich gewesen. Er wolle ein paar Worte zu den Gesprächen in Moskau<sup>4</sup> sagen. Gorbatschow sei in sehr guter Verfassung. Er habe eine schwere Woche im ZK gehabt. Er sei ziemlich zuversichtlich, daß er sich auf dem Parteitag<sup>5</sup> durchsetzen werde. Riesige Probleme seien die Nationalitätenfrage und die Versorgungslage. Er, der Bundeskanzler, sehe noch kein Licht am Ende des Tunnels.

- 1 Nr. 177 – Nr. 179.
- 2 Nr. 173, insbes. Anm. 2.
- 3 Nr. 170.
- 4 Nr. 174 und Nr. 175.
- 5 Nr. 350 Anm. 4.